



**ANTRAG**  
**an das Wirtschaftsparlament**  
**der Wirtschaftskammer Österreich**  
**am 30.06.2022**

**Zu Punkt 8.10**  
**der Tagesordnung des**  
**Wirtschaftsparlamentes vom**  
**30.06.2022**

Wien, 9. Juni 2022

**Vereinbarkeit von Unternehmertum und Familie steigern - Rechtsanspruch auf Nachmittagsbetreuung umsetzen und Kinderbetreuung in Österreich ausbauen**

Viele Unternehmer:innen und ihre Mitarbeiter:innen mit Kindern sind täglich vor die Herausforderung gestellt die Familie und den Beruf miteinander zu vereinbaren. Insbesondere für Frauen stellt das mangelnde Angebot an Kinderbetreuung ein Hindernis in der beruflichen Verwirklichung oder dem Wiedereinstieg in den Job dar. Auch um mehr Frauen als Facharbeiterinnen zu gewinnen ist der Ausbau der Kinderbetreuung ein Schlüsselement. Das aktuelle Angebot an Kinderbetreuung reicht bei weitem nicht aus und ist österreichweit sehr unterschiedlich ausgestaltet.

Um also sicherzustellen, dass Eltern – und hier vor allem die nach wie vor hauptbetroffenen Mütter – ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen können, braucht es einen weiteren massiven Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten ab dem 1. Geburtstag bis zum Ende der Schulpflicht des Kindes. Das Angebot an Kinderbetreuung ist ein entscheidender Faktor dafür, ob Eltern und insbesondere Frauen, einen Vollzeit-, Teilzeit- oder gar keinen Beruf ausüben können. Der EU Durchschnitt in der Teilzeitquote bei Frauen liegt derzeit bei 27 Prozent. In Österreich sind es mit 49 Prozent fast die Hälfte aller Frauen, die in Teilzeit arbeiten. Daraus resultieren für Frauen Gehaltseinbußen und geringere Pensionen. Ziel muss sein, dass Österreich bei den Investitionen in Kinderbetreuung und Elementarpädagogik auf den EU-Durchschnitt von einem Prozent der Wirtschaftsleistung aufschließt, das entspricht einem Plus von mehr als einer Milliarde Euro. Diese Investition ist wichtig, um Beschäftigung zu schaffen und die Konjunktur zu beleben.

Wie uns bekannt wurde, wollte die Bundesregierung unter Kanzler Kern und Vizekanzler Mitterlehner bereits im Juni 2016 1,2 Milliarden Euro in Schulen und Kinderbetreuung investieren. Damit sollte in ganz Österreich die kostenlose Nachmittagsbetreuung an Schulen eingeführt, sowie der Ausbau der Kinderbetreuung vorangetrieben werden – inklusive Rechtsanspruch für jedes Kind. Nachdem die Mehrheit der Parteien sich bereits für die 1,2 Milliarden Euro für kostenlose Nachmittagsbetreuung und den Ausbau der Kinderbetreuung in ganz Österreich ausgesprochen hat, liegt es in unser aller Verantwortung diese auch in Umsetzung zu bringen. Schließlich ist der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung auch eine Forderung der Sozialpartner.

**Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband stellt daher folgenden Antrag und lädt alle Fraktionen dazu ein, ihn zu unterstützen:**

Die Wirtschaftskammer setzt sich bei der Bundesregierung dafür ein, umgehend zusätzliche 1,2 Milliarden Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung sowie den Ausbau von Nachmittagsbetreuung und ganztägigen Schulformen bereitzustellen, um rasch einen Rechtsanspruch auf ganztägige, kostenfreie Kinderbetreuungseinrichtungen ab dem ersten Geburtstag bis zum Ende der Schulpflicht umzusetzen.

Abg.z.NR Dr. Christoph Matznetter  
Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich

KommR Katarina Pokorny  
Mitglied des Wirtschaftsparlamentes  
der Wirtschaftskammer Österreich

KommR Bmstr. Baurat h.c. Dipl. Ing. Alexander Safferthal  
Mitglied des Wirtschaftsparlamentes  
der Wirtschaftskammer Österreich